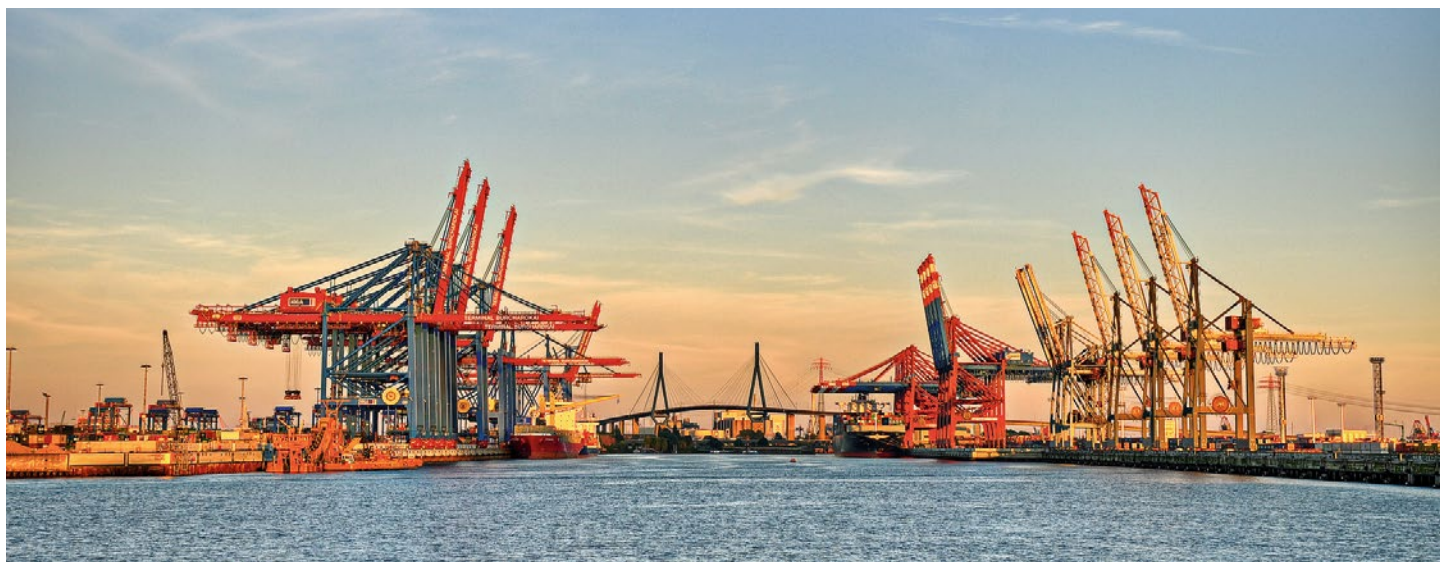


KONJUNKTURLETTER

DES NIEDERSÄCHSISCHEN INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG E.V.



KONJUNKTUROPTIMISMUS SETZT SICH DURCH – NIEDERSACHSENS WIRTSCHAFT IM AUFSCHWUNG

VON SONNING BREDEMEIER

Nachdem die konjunkturelle Talsohle im zweiten Halbjahr 2013 in den meisten Volkswirtschaften erwartungsgemäß durchschritten wurde, stehen die Signale auf Grün für mehr Wachstum und eine Verbesserung der Beschäftigung. Dies gilt besonders für Deutschland und Niedersachsen. In Niedersachsen ist für 2014 mit einer Zunahme des Wirtschaftswachstums auf etwa 2,0 Prozent zu rechnen. Getragen werden die verbesserten Konjunkturaussichten von der sich weiter erholenden Wirtschaftslage in den USA sowie in den meisten europäischen Ländern. Zugleich wird die sich abzeichnende Verlangsamung der Wachstumsdynamik in den BRIC-Staaten diesen positiven Trend noch nicht wesentlich belasten. Wenn auch die Komponenten der binnenwirtschaftlichen Nachfrage in Deutschland und Niedersachsen weiterhin positive Wachstumsbeiträge leisten werden, bleibt der Export weiterhin entscheidend. Hierdurch steigen die Leistungsbilanzungleichgewichte und damit wird auch die Debatte über Wege zu ihrer Beseitigung beschleunigt.

Die im Verlauf des Jahres 2012 begonnene weltwirtschaftliche Abschwächung setzte sich zunächst im ersten Halbjahr 2013 fort. Unterstützt wurde diese zyklische Entwicklung von den auslaufenden stimulierenden Effekten der Niedrigzinspolitik. Schließlich setzten sich im Verlauf des zweiten Halbjahres 2013 aber wieder konjunkturelle Wachstumskräfte durch. Sie führten die wirtschaftliche Entwicklung aus der Talsohle heraus, so dass sich die weltweite Wachstumsrate im vergangenen Jahr auf 2,4 v.H. erholen konnte. Dies ist nicht unwesentlich auf den sich deutlich beschleunigten Welthandel zurückzuführen, der um 2,9 v.H. zunahm. Die seit mehreren Jahren anhaltende weltweite Geldwertstabilität blieb angesichts des konjunkturellen Umfeldes auch 2013 erhalten. Die extreme Niedrigzinspolitik und die anhaltende Geldmengenausweitung der Zentralbanken insbesondere in den hochentwickelten Volkswirtschaften bewirkten entgegen den Erwartungen der Notenbanken bisher keine kreditgetriebene Beschleunigung der realen Nachfrage. Vielmehr hat sich diese Zentralbankpolitik bislang nahezu ausschließlich in den Vermögenspreisen an den Finanzmärkten ausgewirkt, die von einem Hoch zum nächsten eilen. Hierin liegt eines der größten Risiken für die zukünftige weltwirtschaftliche Entwicklung. Die im Kern noch nicht nachhaltig bereinigte Finanz- und

Bankenkrise von 2008 hat sehr deutlich gemacht, dass es keine zwei voneinander unabhängige ökonomische Welten gibt: Finanzmärkte beeinflussen die reale wirtschaftliche Entwicklung und umgekehrt. Im vergangenen Jahr begann sich die amerikanische Volkswirtschaft nach den langanhaltenden Nachwirkungen des Schocks von 2008 mit einer Zunahme des BIP von 1,7 v.H. auf den Wachstumspfad nach oben zu bewegen, eine Entwicklung, die auf die Weltwirtschaft entsprechend ausstrahlt. Dies gilt auch für die Schwellenländer, deren Wachstum sich 2013 auf 4,5 v.H. belief. Das Augenmerk richtet sich dabei insbesondere auf China, wo sich die Verlangsamung des Wachstums weiter fortsetzt und die ökonomischen und sozialen Ungleichgewichte zunehmend belastend wirken. Die Prognose des Internationalen Währungsfonds für die Weltwirtschaft geht von einer Beschleunigung des Wachstums auf 5,1 v.H. im Jahr 2014 aus, mit einem für das folgende Jahr weiter nach oben gerichteten Trend. Das Welthandelsvolumen dürfte in diesem Jahr weiter um 4,2 v.H. zunehmen, was sich bei den exportorientierten Volkswirtschaften positiv niederschlagen wird. Gleichzeitig erwartet der Währungsfonds für die entwickelten Volkswirtschaften nach einer Geldentwertung im Jahr 2013 von 1,3 v.H. für 2014 einen Anstieg von nur noch 0,9 v.H., d.h. dass sich keine inflatorische Bedrohung abzeichnet.

Europa konnte im abgelaufenen Jahr im weltwirtschaftlichen Kontext keinen Beitrag zum Wachstum leisten. Insgesamt stagnierte das Wachstum der europäischen Länder. Sie mussten im Durchschnitt einen Wachstumsrückgang um 0,4 v.H. hinnehmen. Die strukturell vergleichs-

weise starke deutsche Volkswirtschaft konnte dabei der von ihr erwarteten Rolle als Konjunkturlokomotive nicht gerecht werden. Im Gegenteil wirkte ihre Exportstärke belastend auf den Rest Europas. Die anderen großen Volkswirtschaften bewegten sich im Jahr 2013 zwischen Stagnation und leichter Rezession, während es den Problemländern der europäischen Währungsunion nicht gelang, sich aus der rezessiven Entwicklung zu befreien. Gleichzeitig sehen sich einige von ihnen der Gefahr einer Deflation gegenüber. Hier sind die nationale und die europäische Wirtschaftspolitik aufgerufen, das Risiko der „japanischen Krankheit“ abzuwehren. Dabei sind die wirtschafts- und insbesondere geldpolitischen Spielräume begrenzt. Hier besteht eine nicht unbeträchtliche Gefahr für Europas Wachstum und Beschäftigung. Positive Signale aus einigen Krisenländern haben in den letzten Monaten dazu beigetragen, dass sich das Konjunkturbild aufzuhellen begann. Entscheidender für die Prognose der europäischen Wirtschaftsentwicklung ist allerdings, dass in den großen Volkswirtschaften die Dynamik in den letzten Monaten des vergangenen Jahres spürbar zugenommen hat. Während im ersten Halbjahr die Konjunktur- und Stimmungsindikatoren von einer vorsichtigen Einschätzung geprägt waren, hat sich die Beurteilung der aktuellen Lage und der näheren Zukunft sowohl bei den Unternehmen als auch bei den privaten Haushalten im Verlauf des zweiten Halbjahres nachhaltig verbessert. Die Prognose für das Bruttoinlandsprodukt des Eurolandes lautet 1,1 v.H., wobei die Werte für die einzelnen Mitgliedsländer allerdings deutlich voneinander abweichen.

WACHSTUMSTREND IN DEUTSCHLAND ZEIGT NACH OBEN

Die deutsche Wirtschaft hat sich im vergangenen Jahr mit einer Wachstumsrate von 0,5 v.H. insgesamt eher moderat entwickelt. Nach einem verhaltenen ersten Halbjahr nahm die Entwicklung im Verlauf des zweiten Halbjahres allmählich Fahrt auf. Dazu trug der positive Trend des privaten Verbrauchs nicht unwesentlich bei, nicht zuletzt weil die Realeinkommen und die Beschäftigung stiegen und gleichzeitig die Einkommenserwartungen positiv blieben. Die internationale Wettbewerbsstärke deutscher Unternehmen führte trotz eines aufwertenden Euros besonders im zweiten Halbjahr zu einem Anstieg der Exporte und einer Zunahme des Leistungsbilanzüberschusses mit den entsprechenden positiven Wirkungen auf Wachstum und Beschäftigung. Während auch der öffentliche Verbrauch zur konjunkturellen Belebung beitrug, lagen die Investitionen der Unternehmen erneut unter dem Vorjahresvolumen. Trotz des vergleichsweise langsamen Wirtschaftswachstums stieg einerseits die Beschäftigung und sank andererseits die Arbeitslosigkeit auf eine jahresdurchschnittliche Quote von 6,9 v.H. Im Verlauf des vergangenen Jahres ist die Inflation von 1,8 v.H. im Januar insbesondere in den letzten Monaten des Jahres auf schließlich 1,2 v.H. im Dezember zurückgegangen.

Dies macht erneut deutlich, dass die extreme Geldmengenausweitung der Europäischen Zentralbank in den vergangenen gut fünf Jahren in der realen Wirtschaft nicht zu einer preistreibenden Lücke zwischen gesamtwirtschaftlichem Angebot und Nachfrage geführt hat. Vielmehr hat das fast ausschließlich dazu geführt, dass die Preise für Finanztitel kräftig gestiegen sind, was sich insbesondere an der Kursentwicklung von Aktien festmachen lässt. Dies bedeutet keineswegs, dass es mit diesen Kursen weiterhin ständig nach oben gehen wird, da auch andere Faktoren und Erwartungen der Marktakteure die Kursrichtung dominieren können und werden.

Die vorlaufenden Konjunkturindikatoren sowie die aktuellen Stimmungs- und Erwartungsindikatoren signalisieren einen weiterhin positiven Wachstumstrend. Bei den binnenwirtschaftlichen Nachfragekomponenten kann man davon ausgehen, dass neben dem privaten Verbrauch die Investitionen nach einer langanhaltenden Investitionszurückhaltung der Unternehmen im laufenden Jahr angesichts der steigenden Nachfrage aus dem In- und Ausland wieder einen Wachstumsbeitrag leisten werden. Angesichts der zu erwartenden Zunahme der öffentlichen Einnahmen sowie der eher auf die Förderung des Konsums ausgerichteten

Politik der neuen Bundesregierung wird die Budgetpolitik insgesamt stimulierende Wirkungen haben. Auch die außenwirtschaftliche Komponente wird sich in diesem Jahr erneut als Wachstumstreiber erweisen. Insgesamt dürften diese Entwicklungen ein Wachstum der deutschen Wirtschaft im Jahr 2014 von 1,7 v.H. möglich machen. Der konjunkturelle Aufwärtstrend wird erneut zu einer Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten führen.

Gleichzeitig wird die Arbeitslosigkeit zwar zurückgehen, der Rückgang wird aber gebremst dadurch, dass viele Arbeitslose nicht in entsprechendem Umfang die Qualifikation haben, die am Arbeitsmarkt nachgefragt wird. In dem erwarteten ökonomischen Umfeld dürfte sich der Trend der Geldentwertung nicht nachhaltig verändern, so dass ein Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus in der Größenordnung von 1,5 v.H. wahrscheinlich ist.

ZENTRALBANKPOLITIK MIT GERINGEM HANDLUNGSSPIELRAUM

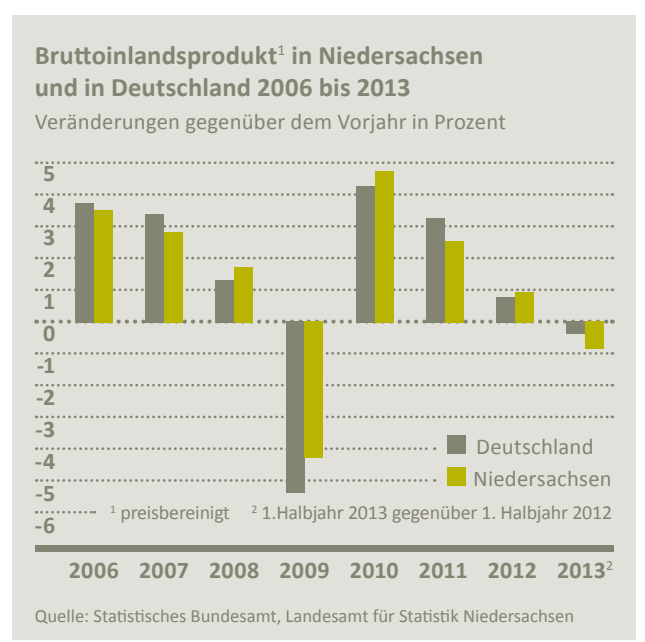
Man kann den Eindruck gewinnen, dass die internationale Finanz- und Bankenkrise überwunden sei. Zwar sind einige Ursachen mittlerweile beseitigt, aber die Schwerfälligkeit, mit der auf internationaler oder auch nur europäischer Ebene notwendige Veränderungen durch- und umgesetzt werden, zeigt, dass im weiten Feld der Finanz- und Bankmärkte immer noch ein hohes Risiko- und ökonomisches Schockpotenzial besteht. Dieses bedroht nicht nur die Finanzmärkte, sondern auch die reale Wirtschaft. Die gerade von der Europäischen Union verabschiedeten Maßnahmen zur Vorbeugung und Verhinderung von Finanz- und Banken Krisen sind einerseits sehr zu begrüßen, andererseits ist deren Wirkung höchst fraglich.

sehr klar gezeigt, in welcher schwieriger Lage sich die Zentralbanken mit ihren geldpolitischen Handlungsspielräumen befinden. Als die amerikanische Notenbank öffentlich darüber nachdachte, dass das Ankaufprogramm öffentlicher Schuldtitel zurückgefahren werden könnte, insbesondere dann, wenn das Wachstum der amerikanischen Wirtschaft sich weiter beschleunigt und Inflationsgefahren drohen könnten, reagierten die Finanzmarktakteure erschrocken und ihre Drohgebärde ließ nichts zu wünschen übrig, womit deren Macht auf die Gestaltung der Geldpolitik überdeutlich wurde. In einer ähnlichen Situation muss man auch die Europäische Zentralbank sehen. Auch sie befindet sich in der gleichen Mausefalle. Ergänzt wird dies dadurch, dass die wirtschaftliche Lage, die staatliche Verschuldung und die Inflationsraten in den Mitgliedsstaaten unterschiedlich sind. Dies engt die geldpolitischen Steuerungsmöglichkeiten nachhaltig ein. Eine Entspannung für diese Konstellation gäbe es nur, wenn beispielsweise die staatliche Verschuldung überzeugend gebremst bzw. reduziert würde. Solange dieses nicht gelingt, gibt es keinen Königsweg aus dem Mausefallen-Dilemma.

Dies lässt sich beispielsweise festmachen an dem von Banken aufzubauenden europäischen Sicherungsfonds, der sowohl hinsichtlich der Höhe (55 Mrd. Euro) als auch der „Anspardauer“ von über zehn Jahren kaum ausreichend scheint, um das damit verbundene Ziel, nämlich den Verzicht auf die Absicherung aus öffentlichen Haushaltsmitteln, erreichen zu können. Darüber hinaus hat sich jüngst

NIEDERSACHSEN WIEDER AUF DEM WACHSTUMSPFAD

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zeigt für das erste Halbjahr 2013 eine Fortsetzung des konjunkturellen Abwärtstrends, der im Jahr 2011 begann. Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte in Niedersachsen um 0,9 v.H. und im gesamten Bundesgebiet um 0,3 v.H. Wesentliche Ursache für die fortgesetzte Wachstumsabschwächung war die über weite Strecken des Jahres sich abschwächende Exporttätigkeit, wobei Niedersachsen insbesondere unter der in Europa und Amerika deutlich rückläufigen Automobilnachfrage litt, was allerdings weitgehend kompensiert wurde durch den höheren Export nach Asien. Trotz der verhaltenen Konjunktorentwicklung stieg in Niedersachsen die Beschäftigung, was vor allem der Automobilwirtschaft zu verdanken ist. Auch die Arbeitslosigkeit konnte insgesamt einen Rückgang verzeichnen. Die für Niedersachsen gemessene Verbraucherpreisentwicklung zeigt nach einer Zunahme im Jahr 2012 von 1,8 v.H. im Jahr 2013 nur noch eine Zunahme um 1,5 v.H., wobei beide Werte leicht unter den entsprechenden Bundesergebnissen liegen.



VERARBEITENDES GEWERBE IM AUFWIND

Das Verarbeitende Gewerbe in Niedersachsen konnte nach einem kräftigen Einbruch zum Ende des Jahres 2012 in den ersten vier Monaten 2013 den Gesamtumsatz kontinuierlich steigern. Er fiel dann allerdings in den Sommermonaten bis auf das Jahresanfangsniveau zurück. Im September (aktueller Berichtsstand) konnten die Unternehmen dann einen kräftigen Umsatzzuwachs registrieren. Diese Entwicklung wurde dabei nahezu gleichlaufend vom Inlands- bzw. Auslandsumsatz bestimmt. In den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres gingen die Umsätze im Vorjahresvergleich insgesamt um 2,4 v.H. zurück, verglichen mit 1,4 v.H. in Deutschland. Dazu trugen der Inlandsumsatz mit einem Rückgang um 2,2 v.H. und der Auslandsumsatz mit 2,7 v.H. bei. Während die Entwicklung des Inlandsumsatzes nahezu gleich verlief wie im Bundesgebiet, konnte die Industrie in Deutschland ihren Umsatz im Ausland um 0,2 v.H. steigern, während die niedersächsische Wirtschaft einen deutlichen Rückgang hinnehmen musste.

Trotz der in den ersten drei Quartalen leicht rückläufigen Umsatztätigkeit haben die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in diesem Zeitraum die Beschäftigung um 2,2 v.H. erhöht, in Deutschland belief sich der Vergleichswert auf nur 0,6 v.H. Die positive Entwicklung in Niedersachsen ist vor allem auf den Personalaufbau in der Automobilindustrie zurückzuführen. In dem statistisch abgesicherten Betrachtungszeitraum stieg die Gesamtsumme der gezahlten Entgelte um 4,5 v.H. Das Entgelt je Beschäftigten nahm um 2,4 v.H. auf monatlich 3.568 Euro zu; dennoch liegt dieser Wert um knapp 60 Euro unter dem Bundeswert.

Sowohl die spürbare Umsatzbelebung im August und September als vor allem auch die in den letzten drei Be-

richtsmonaten kräftig gestiegenen Auftragseingänge in der Industrie deuten auf eine weitere Belebung hin. Dabei stiegen die Auftragseingänge bei niedersächsischen Unternehmen deutlich stärker als im gesamten Bundesgebiet. Insgesamt lagen sie in den ersten drei Quartalen um 2,9 v.H. (Bundeswert 0,9 v.H.) höher als im Vorjahr. Überdurchschnittlich dynamisch entwickelte sich dabei die Investitionsgüterindustrie und hier vornehmlich der Straßenfahrzeugbau. Während die Inlandorders auch noch im dritten Quartal um 1,9 v.H. niedriger lagen als im Vorjahr und sich bislang auch keine eindeutige Verbesserung zeigte, haben sich die Bestellungen aus dem Ausland kräftig um immerhin 13,3 v.H. erhöht, im Monat September lagen sie sogar um ein Drittel über dem Vorjahreswert. Damit war die Nachfrage nach Exporten der niedersächsischen Industrie dominant für deren Beschäftigungslage.

Die Auftragsentwicklung für die deutsche Industrie wich deutlich von der in Niedersachsen ab. Hier haben die Bestellungen aus dem Inland im dritten Quartal um 3,6 v.H. und im Monat September um 6,6 v.H. zugelegt. Der Anstieg der Auslandsaufträge war dagegen mit 5,5 bzw. 12,9 v.H. vergleichsweise stark ausgefallen. Dies verdeutlicht einmal mehr die ausgeprägte Abhängigkeit der niedersächsischen Wirtschaft von den Exportserfolgen der Industrie, mit großem Abstand angeführt von der Automobilindustrie. Die Entwicklung von Umsatz und Auftragseingängen weisen auf einen aufwärts gerichteten Trend in Produktion und Beschäftigung hin. Die aktuellen Konjunkturumfragen bei niedersächsischen Unternehmen sind von einem verhaltenen Optimismus geprägt. Wenn man diese Einschätzung und die aktuelle Lage der konjunkturellen Indikatoren mit ins Bild nimmt, dann erscheint die Erwartung einer konjunkturellen Erholung angemessen zu sein.

Auftragseingänge der niedersächsischen Industrie 2012 bis 2013

Monatliche Veränderungsrate in Prozent

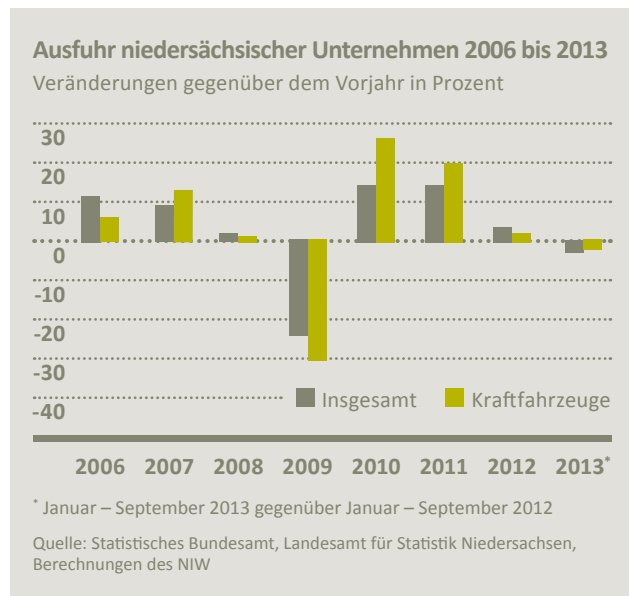


Quelle: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen, Berechnungen des NIW

NIEDERSACHSENS EXPORT AM WENDEPUNKT

In den ersten drei Quartalen exportierten (Spezialhandel) niedersächsische Unternehmen Waren im Wert von 58 Mrd. Euro, was um 3,2 v.H. unter dem Wert des Vorjahres lag. Im gleichen Zeitraum gingen die Einfuhren (Generalhandel) um 7,9 v.H. zurück. Zwei Drittel der exportierten Produkte sind Enderzeugnisse, die mit einem Rückgang von 6,8 v.H. diese Entwicklung signifikant bestimmt haben. Da die gemeldeten Zahlen sowohl Volumens- als auch Preiseffekte beinhalten, ist eine Interpretation hinsichtlich der realen Auswirkungen problematisch.

Ein differenzierter Blick auf die Warengruppen zeigt sehr unterschiedliche Verläufe im Vergleich zur Gesamtentwicklung. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass alle bedeutenden Produktgruppen in den zahlenmäßig verfügbaren neun Monaten des Jahres 2013 Rückgänge verzeichneten. Besonders hoch waren sie bei den Chemischen und Pharmazeutischen Erzeugnissen (17,5 v.H.), Elektrotechnischen Erzeugnissen (6,9 v.H.) sowie den Metallwaren (5,0 v.H.). Etwas geringer als der Durchschnittswert war der Exportrückgang bei Maschinen (2,4 v.H.) und bei Kraftfahrzeugen (3,1 v.H.). In einigen dominierenden Bereichen konnten im September Zuwächse gegenüber dem Vorjahr registriert werden. Das gilt allerdings fast nur für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile (+10,7 v.H.). Da die vorliegenden aktuelleren Zahlen für Deutschland diese Trendumkehr unterstützen, dürfte davon auch die niedersächsische Industrie profitieren. Die Entwicklung der Exporte nach Erdteilen zeigt, dass der Rückgang der niedersächsischen Ausfuhren ausschließlich auf den Nachfragerückgang aus Amerika (15,7 v.H.) und Europa (2,1 v.H.) zurückzuführen ist. Der Rekordwert liegt bei den USA mit -32,8 v.H. Die Ausfuhren in die EU-Länder lagen um 1,6 v.H. unter dem Vorjahr. Bei den einzelnen Mit-



gliedsländern ist dabei die Entwicklung sehr unterschiedlich. Betrachtet man die zehn Länder mit einem Exportanteil am EU-Wert von 5 Prozent oder mehr, dann konnte in fünf von ihnen mehr als im Vorjahr exportiert werden. Hier ist der Spitzenreiter das Vereinigte Königreich, gefolgt von Spanien. Zurückgegangen sind die Exporte dagegen nach Schweden, in die Tschechische Republik und nach Italien. In die BRIC-Staaten mussten die niedersächsischen Unternehmen mit Ausnahme von China (+11,6 v.H.) Exporteinbußen hinnehmen, die zwischen 10 und 14 v.H. lagen. Besonders erfolgreich hingegen waren Niedersachsens Exporteure in 2013 in der Türkei, Ungarn und Griechenland.

DEUTLICHE ERHOLUNG IM BAUGEWERBE SEIT DEM SOMMER

Das niedersächsische Bauhauptgewerbe litt Anfang des Jahres 2013 unter einem massiven Wintereinbruch, der zu einem extremen Absturz der Umsätze führte. Von dieser Entwicklung waren alle Bereiche der Bauwirtschaft betroffen. Dies belastete das Ergebnis so stark, dass in den ersten neun Monaten der Umsatz insgesamt noch um 2,2 v.H. unter dem entsprechenden Vorjahreswert lag. Unmittelbar nach dem Ende des Winters kam es dann zu einer kräftigen Belebung der Bau- und Ausbautätigkeit. Trotz dieser Belebung blieb die Beschäftigung um 1,2 v.H. unter dem Vorjahr. Selbst in den Sommermonaten lag die Beschäftigung im Bauhauptgewerbe um 1,4 v.H. niedriger. Betrachtet man die geleisteten Arbeitsstunden allerdings unter Einbeziehung bauorientierter Tätigkeiten, dann lagen diese im dritten Quartal 2013 um etwa 7 v.H. höher. Die Tatsache, dass in den Monaten Juli bis September die Umsätze um 3,3 höher lagen als im Vorjahr, hat nicht zu einem Beschäftigungsaufbau geführt.

Diese Entwicklung ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass die höheren Umsatzwerte vor allem von der Preiskomponente bestimmt wurden. Wenn auch die Witterungsbedingungen in den drei letzten Monaten des vergangenen Jahres günstig waren, dürfte es kaum gelungen sein, eine wesentliche Verbesserung bei Umsatz und Beschäftigung erreicht zu haben, so dass man im Vergleich zum Vorjahr von einer Stagnation ausgehen kann. Die vorlaufenden Indikatoren lassen keine eindeutige Prognose zu. So liegen die Baugenehmigungen für Wohngebäude im dritten Quartal 2013 um fast 10 v.H. unter dem Vorjahr. Das gilt in noch stärkerem Ausmaß für Nichtwohngebäude. Positiver erscheint die Perspektive, wenn man die Auftragseingänge des dritten Quartals betrachtet. Diese liegen für den Hochbau deutlich über der Vorjahresentwicklung, was allerdings nicht für den Tiefbau gilt. Dies rät zur Vorsicht hinsichtlich der Erwartung eines nennenswerten Wachstumsbeitrags der Bauwirtschaft in Niedersachsen.

EINZELHANDEL MIT SCHWACHEN ERGEBNISSEN

Der niedersächsische Einzel- und Großhandel musste bei seinen realen Umsätzen in den ersten drei Quartalen 2013 einen Rückgang von jeweils 1,2 v.H. hinnehmen. Allerdings hat sich im dritten Quartal die Lage insofern ein wenig entspannt als man hier einen leichten realen Zuwachs verzeichnen konnte. Dabei blieb die Beschäftigung im Vorjahresvergleich nahezu unverändert.

Für die nach Zweigen differenzierte Analyse stehen nur die Daten für Januar bis August zur Verfügung. In diesem Zeitraum ging der reale Einzelhandelsumsatz insgesamt um 2,0 v.H. zurück, gleichzeitig stieg allerdings die Beschäftigung um 1,4 v.H. Deutlich von der durchschnittlichen Entwicklung wichen positiv ab der Handel mit Zeitungen und Zeitschriften, Computern und medizinischen und kosmetischen Artikeln sowie Apotheken. Umsatzrückgänge mussten nahezu alle anderen Einzelhandelsbereiche hinnehmen, insbesondere die folgenden Sektoren: Foto und optische Erzeugnisse, Bau- und Heimwerkerbedarf, Haushaltsgeräte, Kraftfahrzeuge und Unterhaltungselektronik.

Bei der Beschäftigung war erneut zu beobachten, dass die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten leicht rückgängig war, während die Teilzeitbeschäftigung um 1,4 v.H. zunahm. In den ersten acht Monaten des Jahres 2013 haben sowohl Super- / Verbrauchermärkte als auch Kaufhäuser und der Versand- bzw. Internethandel reale Umsatzrückgänge zwischen 1 und 2 v.H. hinnehmen müssen. Parallel dazu führten die Kaufhäuser ihre Beschäftigung um 7,4 v.H. zurück, während die Super- / Verbrauchermärkte ihren Personalbestand gegenüber dem Vorjahr um 1,2 v.H. aufstockten. Der Versand- / Internethandel hat die Vollzeitbeschäftigung um 5,5 v.H. gesteigert, gleichzeitig die Teilzeitbeschäftigten um 6,6 v.H. abgebaut.

Man kann davon ausgehen, dass der Einzelhandel für das ganze Jahr 2013 bei den realen Umsätzen etwa das Vorjahresniveau wieder erreicht haben dürfte, was tendenziell auch für die Beschäftigung gilt. Es sind keine Faktoren erkennbar, die für das laufende Wirtschaftsjahr zu signifikanten Veränderungen bei Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel führen dürften.

EIN SCHWIERIGES JAHR FÜR GASTGEWERBE UND TOURISMUS

Die niedersächsische Gastronomie sah sich in den ersten acht Monaten des Jahres 2013 einem Rückgang bei den realen Umsätzen von 2,7 v.H. gegenüber, wobei in den Sommermonaten allerdings ein leichtes Umsatzplus zu verzeichnen war. Dieses Ergebnis war nahezu ausschließlich durch die negative Entwicklung in der Beherbergung zustande gekommen. In der Gastronomie verlief der Umsatz in den einzelnen Zweigen recht unterschiedlich. Kräftige Zuwächse verzeichneten dabei die Cafés, Eisdiele, Imbisshallen und Restaurants mit Bedienung. Demgegenüber mussten Caterer, die getränkegeprägte Gastro-

nomie sowie Restaurants mit Selbstbedienung erhebliche Umsatzeinbußen verkraften. Angesichts der Umsatzentwicklung hat das Beherbergungsgewerbe sowohl seine Vollzeit- als auch seine Teilzeitbeschäftigung kräftig abgebaut. Die Gastronomie hat die Teilzeitbeschäftigung zulasten der Vollzeitbeschäftigten erhöht. Insgesamt wurde die Beschäftigung in der Gastronomie in den ersten acht Monaten des Vorjahres um 0,9 v.H. reduziert, was im Wesentlichen auf deutliche Beschäftigungsrückgänge in der Beherbergung und der getränkegeprägten Gastronomie zurückzuführen ist.

ARBEITSMARKT IN NIEDERSACHSEN

Insgesamt hat sich der niedersächsische Arbeitsmarkt trotz der konjunkturellen Flaute weiter positiv entwickelt. Typischerweise reagiert der Arbeitsmarkt mit einer deutlichen zeitlichen Verzögerung auf die wirtschaftliche Entwicklung. Dies gilt insbesondere für die Arbeitslosigkeit. Im Verlauf des Jahres 2013 war der Trend nach unten gerichtet, allerdings lagen die Arbeitslosenquoten im Monatsvergleich mit dem Vorjahr etwa auf dem gleichen Niveau, was insbesondere für die letzten Monate des Jahres gilt. Nach einer durchschnittlichen Quote von 6,6 v.H. im Jahr 2012 belief sich diese für 2013 auf 6,5 v.H. Dabei ist die Quote bei Männern und Frauen ähnlich hoch. Bei Ausländern liegt sie mit über 16 v.H. weiterhin deutlich über dem Durchschnitt, während die Quote jugendlicher Arbeitsloser sich seit Jah-

ren um die 6 v.H. bewegt. Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen lag 2013 um gut 2 v.H. über dem Vorjahr. Insgesamt weist die Statistik seit Jahren für Niedersachsens Arbeitslosigkeit im Bundesvergleich günstigere Werte aus.

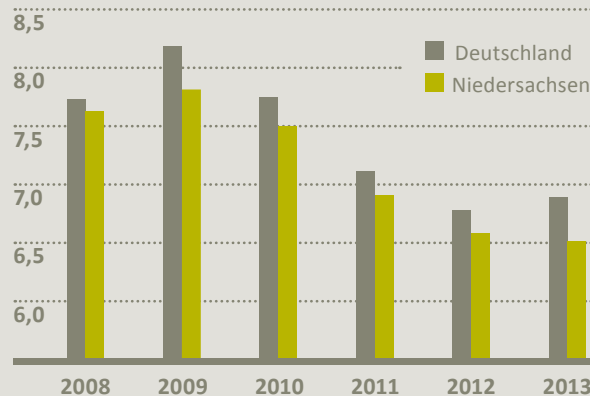
// DER NIEDERSÄCHSISCHE ARBEITSMARKT HAT SICH TROTZ DER KONJUNKTURELLEN FLAUTE WEITER POSITIV ENTWICKELT. //

Die Reaktion der Unternehmen auf rückläufige Umsätze zeigt sich am Arbeitsmarkt an den gemeldeten freien Stellen. Deren Anzahl stagnierte nach dem Wintereinbruch und lag insgesamt leicht unter den entsprechenden Werten des Vorjahres.

Die jeweils im letzten Quartalsmonat erhobene Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zeigt für die ersten drei Quartale im Vorjahresvergleich eine durchschnittliche Zunahme um 1,5 v.H., womit sich der seit einigen Jahren anhaltende positive Trend fortgesetzt hat. Zu dieser Entwicklung hat vor allem das produzierende Gewerbe, gefolgt von privaten und öffentlichen Dienstleistungen, beigetragen.

Angesichts der Erwartung einer sich langsam fortsetzenden konjunkturellen Beschleunigung dürften sich die Beschäftigung und auch die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr in Niedersachsen weiter positiv entwickeln.

Arbeitslosenquote¹ in Niedersachsen und in Deutschland 2008 bis 2013



¹ Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen – Im Jahresdurchschnitt

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

NIEDERSACHSENS WIRTSCHAFT 2014 IM KONJUNKTURELLEN AUFWIND

Nachdem das Wirtschaftswachstum in Deutschland und auch in Niedersachsen im vergangenen Jahr nicht den Erwartungen entsprach, hat sich in den letzten Wochen für die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2014 ein ständig zunehmender Optimismus durchgesetzt. Angeführt wird die Karawane von den internationalen Organisationen, der Regierungen offensichtlich gern folgen und auch die professionellen Prognostiker von Wirtschaftsinstituten und Banken reiten auf dieser Welle mit. Worauf gründet sich im Vergleich zu 2013 diese positive Erwartung? Sprechen die ökonomischen und politischen Faktoren so eindeutig für einen konjunkturellen Aufschwung? Von welchen Komponenten könnten verzögernde Wirkungen ausgehen? In jedem Fall sollte man sich darüber im Klaren sein, dass es sich hier um einen Blick in die Zukunft handelt, der auf Annahmen beruht, d.h. die Prognose ist schlussendlich nur dann zutreffend, wenn diese zutreffen. Die Erfahrung lehrt aber auch, dass selbst, wenn die gesetzten Annahmen zutreffend waren, die darauf aufbauende Konjunkturprognose sich aus anderen Gründen als falsch erwiesen hat.

Da die meisten Industrieländer – Ausnahme ist hier die USA – in ihrer Entwicklung in erheblichem Ausmaß abhängig sind von der weltwirtschaftlichen Dynamik, gilt es zunächst darauf den Blick zu richten. Nach dem schwachen Verlauf des weltwirtschaftlichen Wachstums in den ersten drei Quartalen 2013 hat in den meisten Regionen gegen Jahresende eine spürbare konjunkturelle Belebung eingesetzt. Das gilt für Europa, wo die Auswirkungen der Staatsschuldenkrise nicht mehr als bedrohlich bewertet werden und wo in den großen Volkswirtschaften die binnenwirtschaftlichen Nachfragekomponenten positiv wirken. Gleichzeitig bewegt sich die Einschätzung von Unternehmen und Verbrauchern im grünen Bereich. Solange die Europäische Zen-

tralbank ihre Niedrigzinspolitik fortsetzt, was von ihr immer wieder versichert wird, und das Vertrauen in eine als angemessen bewertete staatliche Schuldenpolitik besteht, begünstigt dies den konjunkturellen Aufschwung. Gleichwohl werden weder die Geldpolitik noch die Fiskalpolitik zusätzliche stimulierende Effekte initiieren, da sie in dieser Hinsicht ihre instrumentellen Möglichkeiten weitestgehend ausgeschöpft haben. Für sie geht es vielmehr darum, das Vertrauen der Wirtschaftssubjekte in eine eher wachstumsorientierte Politik solange zu unterstützen wie es keine eindeutigen Belege für eine beginnende Inflation gibt. Dies gilt in besonderer Weise für die amerikanische Zentralbankpolitik, wo die Furcht vor einer Umkehr der Geldpolitik – getrieben von den Akteuren an den Finanzmärkten – sehr ausgeprägt ist. Die wirtschaftliche Entwicklung in den USA hat sich zunehmend von den Auswirkungen der Finanz- und Bankenkrise gelöst, was zu einem sich beschleunigenden Wachstumsprozess geführt hat, der sich in diesem Jahr mit einer Rate von 2,7 v.H. fortsetzen dürfte. Von den BRIC-Staaten als den bedeutenden Schwellenländern gehen eher schwache Impulse auf die Weltwirtschaft aus. Lediglich die chinesische Wirtschaft konnte im vergangenen Jahr eine Wachstumsrate von gut 7 v.H. erreichen. Angesichts der zahlreichen wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte in diesem Land werden die notwendigen und teilweise auch bereits auf den Weg gebrachten Anpassungsmaßnahmen die Dynamik des Wachstums dämpfen, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Auf der Basis dieses Szenarios prognostiziert der Internationale Währungsfonds ein Wachstum der Weltwirtschaft in 2014 von 2,9 v.H. und des Welthandelsvolumens von 4,2 v.H.

Im Rahmen der erwarteten weltwirtschaftlichen Entwicklung kann man zunächst von positiven Impulsen für die deutsche und niedersächsische Volkswirtschaft ausgehen. Die aktuel-

len Konjunkturindikatoren sowie das von Optimismus geprägte Verbrauchervertrauen, für das die anhaltend günstige Beschäftigungsentwicklung sowie die steigenden verfügbaren Einkommen treibende Kräfte bleiben werden, sprechen ebenfalls für einen konjunkturellen Aufschwung. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Investitionstätigkeit der Unternehmen steigen wird, je länger Unternehmen desinvestiert haben und je mehr die gesamtwirtschaftliche Nachfrage steigt, wird zunehmen. Neben den binnenwirtschaftlichen Faktoren kann man davon ausgehen, dass deutsche Unternehmen ihre Exporterfolge fortsetzen werden. Weder der starke Euro noch die europäische Debatte über „zu hohe Exportüberschüsse“ können die internationale Wettbewerbsstärke deutscher Unternehmen dämpfen. Dieses insgesamt positive Szenario für Deutschland macht eine Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1,7 v.H. im Jahr 2014 möglich.

Das hier für Deutschland abgeleitete Szenario gilt prinzipiell auch für die niedersächsische Wirtschaft. Unter Berücksichtigung der abweichenden Wirtschaftsstruktur und insbesondere auch der höheren Exportabhängigkeit mit ihrer spezifischen Sektorstruktur gibt es Abweichungen bei der wirtschaftlichen Dynamik in einzelnen Perioden. Grundsätzlich sind diese aber gering. Generell bewegt sich der niedersächsische Konjunkturzyklus in seinem Verlauf genauso wie der für das Bundesgebiet insgesamt. Die niedersächsische Wirtschaft dürfte wegen des vergleichsweise überdurchschnittlichen Anteils der Ernährungsindustrie von der weiteren Belebung des privaten Verbrauchs profitieren. Die Bauwirtschaft hat in diesem Bundesland ebenfalls ein überdurchschnittliches Gewicht, so dass die sich abzeichnende Belebung im Hochbau, aber angesichts steigender gemeindlicher Investitionen auch im Tiefbau, insgesamt positive Wachstumsbeiträge leisten werden. Entscheidend wird aber die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate in Niedersachsen vom Erfolg der Exporttätigkeit abhängen. Hierfür ist genauso wie für die Wirkung der binnenländischen Nachfrage entscheidend, ob das eine im Land dominierende Automobilunternehmen sowie die großen Automobilzulieferer ihre Umsätze in Deutschland und auf den internationalen Märkten erfolgreich ausbauen können. Hier wird deutlich, wie schwierig die Prognose für das Wirtschaftswachstum dieses Bundeslandes ist.

Angesichts der aktuellen Daten sowie der positiven Erwartungen der niedersächsischen Unternehmen kann man von einer Beschleunigung des Wachstums der niedersächsischen Wirtschaft ausgehen. Nach einer Wachstumsrate von lediglich 0,7 v.H. im Jahr 2013 rechnen wir für 2014 mit einer

Beschleunigung des Wirtschaftswachstums auf etwa 2,0 v.H. Damit wird Niedersachsen leicht über der gesamtdeutschen Wachstumsrate liegen. Angesichts des erwarteten Konjunkturverlaufs dürfte es zu einem weiteren Aufbau der Beschäftigung kommen. Ob damit gleichzeitig ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit verbunden sein wird, ist deswegen fraglich, weil die im Unternehmenssektor nachgefragte Qualifikation zunehmend von der abweicht, die bei vielen Arbeitslosen vorhanden ist. Daher dürfte die prognostizierte Wachstumsbeschleunigung nur zu einem eher geringen Abbau der Arbeitslosigkeit führen. Wir rechnen mit einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote von 6,3 v.H.

Auf die Problematik von Prognosen wurde bereits hingewiesen. Grundsätzlich steht die realwirtschaftliche Entwicklung zunehmend unter dem Einfluss der Lage an den hoch volatilen und häufig von Irrationalitäten bestimmten Finanzmärkten. Die Akteure an diesen Märkten haben die Interpretationshoheit über die Geldpolitik und die staatliche Budgetpolitik übernommen. Dadurch können jederzeit krisenhafte Entwicklungen ausgelöst werden, mit entsprechenden Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung. Bislang wurde vielfach die lang anhaltende Überschwemmung der Finanzmärkte mit liquiden Mitteln durch die Zentralbanken als Begründung für den Aufbau eines immensen inflatorischen Potentials interpretiert. Es gibt jedoch bislang keine Anzeichen für eine bevorstehende Inflation. Die Geldentwertung in vielen entwickelten Volkswirtschaften bewegt sich mittlerweile bei fallender Tendenz unter der Ein-Prozent-Marke. Damit taucht ein neues Drohpotential auf, nämlich das einer Deflation, eine Entwicklung die viele Jahre die japanische Volkswirtschaft belastet hat. Dies ist in der Tat ein außerordentlich ernstes Problem, das sich wirtschaftspolitisch nur schwer steuern lässt.

DER AUTOR

Prof. Dr. Sonning Bredemeier ist Gründungsmitglied des NIW und Vorstandsvorsitzender der Stiftung Niedersächsische Wirtschaftsforschung. Bis zu seiner Pensionierung war er über 30 Jahre Chefvolkswirt und Generalbevollmächtigter der NORD / LB. Seit 1984 hat er einen Lehrauftrag an der Universität Hannover, die ihn 1995 zum Honorarprofessor ernannte.

Mail: bredemeier@niw.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (NIW) / Königstraße 53 / 30175 Hannover
Telefon 0511 12 33 16-30 / Fax 0511 12 33 16-55 / Mail: newsletter@niw.de / www.niw.de

Direktor und Vorsitzender des Vorstands: Prof. Dr. Stephan L. Thomsen / **Vereinsregister:** Amtsgericht Hannover VR-Nr. 4774

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise) nur mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars.

Bildnachweis: fotolia